



1 2 3

Schulen

Ende des Aussortierens

Von Matthias Bartsch (Spiegel:13.12.09)

Eine Konvention der Uno verändert den deutschen Bildungsalltag: Immer häufiger klagen Eltern mit Erfolg dagegen, dass ihre Kinder auf Sonder- oder Förderschulen geschickt werden. Ein kompletter Zweig des deutschen Unterrichtssystems steht damit zur Disposition

Jahre sind eine lange Zeit für einen Grundschüler. Besonders wenn es zwei Jahre ohne Schule sind, ohne Mitschüler, ohne Fußball im Pausenhof, stattdessen nur Unterricht zu Hause, meist allein mit der Mutter und mit einem deutschen Schulamt angelegt hatten. Seit Oktober 2007 stritt die Familie mit den hessischen Behörden, ob der Junge eine Förderschule besuchen muss oder eine normale Grundschule besuchen kann. Und weil beide Seiten nicht nachgeben mochten, ließen die Beamten Adrians Schulpflicht einfach "ruhen", mehr als 24 Monate lang.

Bis vor zwei Wochen. Da stimmte das Schulamt für den Landkreis Groß-Gerau vor dem Verwaltungsgericht Darmstadt einem Vergleich zu: Trotz des behördlich festgestellten "sonderpädagogischen Förderbedarfs" kann Adrian künftig auf einer Haupt- und Realschule unterrichtet werden. Zudem bekommt er einen "Integrationshelfer", um sich wieder in einer Schulklasse zurechtfinden zu können.

Für Adrian und seine Eltern bedeutet das Einlenken der Behörde einen späten Sieg nach zähem Kampf, für Elterninitiativen und Fachjuristen belegt es, wie sich in einem kaum beachteten Teil des deutschen Schulsystems eine Revolution anbahnt: Denn immer mehr Eltern wehren sich mit Erfolg dagegen, dass ihre Kinder von Schulbehörden mit dem Stempel "behindert" versehen und aussortiert werden. Sie klagen gegen eine als "Abschiebung" empfundene Zwangseinweisung in Förderschulen, die früher Sonderschulen hießen und davor Hilfsschulen.

Die Eltern berufen sich auf Statistiken und Studien, die erhebliche Zweifel am deutschen Förderschulsystem zulassen. Sie wollen nicht, dass ihre Kinder oft viele Kilometer vom Wohnort entfernt mit anderen Aussortierten unterrichtet werden - mit allenfalls geringer Aussicht auf Rückkehr in eine Regelschule oder einen arbeitsmarkttauglichen Abschluss.

Seit einigen Monaten hat sich die Position der Eltern deutlich verbessert. Sie können sich nun auf eine Uno-Konvention über die Rechte von Behinderten stützen, die im März in Deutschland in Kraft trat. Danach haben behinderte Kinder das Recht, zusammen mit Nichtbehinderten zu lernen. "Inklusive Bildung", wie der gemeinsame Unterricht genannt wird, habe dank des Uno-Segens den Status eines Menschenrechts, schreibt die internationale Anwaltskanzlei Latham & Watkins in einem Gutachten, das in Elterninitiativen und Behindertenverbänden derzeit von Hand zu Hand geht. Für die Bundesrepublik besteht nach Ansicht der Anwälte "eine völkerrechtliche Verpflichtung" zur Umstellung auf ein inklusives Schulsystem - selbst wenn das viel Geld kosten sollte.

Eine Interpretation, der sich Kultusministerien und Schulämter kaum noch verschließen können. Der frühere hessische Justizminister Rupert von Plottnitz hat beobachtet, dass die Behörden inzwischen oft bereit sind, die Zuweisung an Förderschulen zurückzunehmen - allerdings erst, wenn die Eltern vor Gericht ziehen.

Plottnitz arbeitet als Rechtsanwalt in Frankfurt am Main. Im Sommer vertrat er den damals 14-jährigen Philipp K., einen Jungen mit Down-Syndrom. Nach sieben Jahren auf einer integrativen Schule wurde Philipp vom Schulamt auf eine Förderschule für geistig Behinderte geschickt. Für die von den Eltern gewünschte Förderung auf einer Gesamtschule sei leider kein Geld vorhanden, beschied das Amt. Es war einer der ersten Fälle, die nach Inkrafttreten der Uno-Konvention vor Gericht kamen. In einem Vergleich genehmigte das Schulamt schließlich den Besuch einer Regelschule. Dort ist er jetzt stellvertretender Klassensprecher.

Das untere Ende deutscher Bildungsrealität

Seither haben sich fast ein Dutzend Eltern bei Plottnitz gemeldet, die ebenfalls vor Gericht ziehen wollen. "Das sind Fälle, die einen nicht kaltlassen", sagt der Jurist, "oft geht es um Kinder, die man früher schlicht als Zappelphilipp bezeichnet hätte. Die werden an ihrer Schule aussortiert, weil sie im Unterricht nicht immer ganz pfelegeleicht sind."

Adrian K. zum Beispiel: Psychologen bescheinigen dem Elfjährigen eine seinem Alter entsprechende Intelligenz. Zu Hause pflegt er zwei Kaninchen, abends geht er zum Sportverein. Sein Trainer sagt, der Junge benehme sich wie die anderen Kinder seines Alters auch. Aber schon in der ersten Klasse geriet er mit seiner Lehrerin aneinander. Adrian wechselte die Schule, es gab wieder Streit und deftige Einträge in die Schulakte. Adrian sei

größer und kräftiger als seine Mitschüler, notierten die Lehrer. Seine Versuche, auf der neuen Schule Freundschaften zu schließen, schlugen oft fehl. Deshalb versuche der Junge, auf sich aufmerksam zu machen, indem er "Kinder schubst, sie stolpern lässt" oder "Schultaschen durch die Klasse kickt".

Adrians Eltern sagten, ihr Sohn werde von anderen Kindern gemobbt. Seine Lehrer sagten, er sei frech, vorlaut und trage "wesentlich zu einer schlechten Lernatmosphäre in der Klasse bei". Dann traf das Schulamt eine rigide Entscheidung: das "Ruhen der Schulpflicht".

Für einige Monate bekam Adrian eine Hauslehrerin, dann entschied das Schulamt, er müsse auf eine Förderschule. Die Eltern waren zunächst einverstanden - bis sie erfuhren, dass es sich um eine weiter entfernte Heimschule handelt, in der Adrian die Woche über von den Eltern getrennt wäre. Sie nahmen sich einen Anwalt.

"Das ist ein ganz normaler Junge, der gehört auf eine ganz normale Schule", meint Petra Litzenburger von der Elterninitiative gegen Mobbing und Gewalt an Schulen, die sich für Adrian einsetzt. Und folgt man Hans Wocken, Professor für Lernbehindertenpädagogik an der Universität Hamburg, dann trifft das auf die ganz große Mehrheit der rund 460.000 Kinder zu, die derzeit in Deutschland eine Förderschule besuchen. Der ehemalige Sonderschullehrer hat in einer großen Studie das untere Ende deutscher Bildungsrealität unter die Lupe genommen. Das Ergebnis nennt er "beschämend".

Der Aufgabe, Kinder durch gezielte Förderung wieder an das Regelschulniveau heranzuführen, werde diese Schulform nur selten gerecht, urteilt Wocken. Wer einmal auf einer Förderschule gelandet sei, bleibe dort meist bis zum Ende seiner Schulzeit. Viele Jahre auf einer Förderschule erhöhten das Risiko, komplett abgehängt zu werden: "Je länger ein Schüler dort zugebracht hat, desto schlechter sind sowohl seine Rechtschreibleistungen als auch seine Intelligenzwerte", sagt Wocken.

Der Pädagoge begründet das mit der an vielen Förderschulen üblichen "Defizit-Didaktik". Lernbehinderten werde der Lehrplan bis auf das Allernotwendigste zusammengestrichen, der Abstand zur Regelschule werde mit jedem Schuljahr größer. Dazu komme, klagt Wocken, "dass es für jede Form der Behinderung eine eigene Förderschule gibt": für Lern-, Seh-, Hör- und Sprachbehinderte, für Körperbehinderte, für Schüler mit emotionalen und sozialen Defiziten und für geistig Behinderte. Jede Gruppe bleibt unter sich, abgeschottet von der Außenwelt, aber auch von leistungsförderndem Konkurrenzdruck.

An der Tannenhag-Schule in Friedrichshafen zum Beispiel sind die Räume hell, die Lehrer verständnisvoll, ihre Klassen bestehen meist aus nur fünf oder sechs Kindern. "Es herrscht ein angenehmes Wohlfühlklima", sagt Jürgen Göbel. Trotzdem würden er und seine Frau Karin ihren Sohn Tim am liebsten so schnell wie möglich von dieser Schule herunternehmen.

Tim ist sieben Jahre alt und wie viele Kinder mit Down-Syndrom ein freundliches Kind. Wenn er morgens um 7.20 Uhr an seinem Heimatort Kressbronn abgeholt wird, begrüßt er den Schulbus winkend mit "Hallo, Bus". Und wenn er gegen 16 Uhr zurückgebracht wird, ruft er dem Bus ein fröhliches "Tschüss, Bus" hinterher. Sofern er nicht eingeschlafen ist auf der langen Fahrt durch den halben Landkreis. Oft muss Tim erschöpft aus dem Bus herausgetragen werden.

Dabei könnte sein Schulweg aus knapp 40 Schritten bestehen. Die Göbels wohnen direkt neben einem Schulzentrum, das neben einer Grundschule sogar eine Förderschule bietet. Aber es ist eine Förderschule für Lernbehinderte. Und da das Schulamt Tim als "geistig behindert" einstuft, muss er nach Friedrichshafen.

Bis zur Einschulung war Tim im Kindergarten mit Nachbarkindern zusammen. Jetzt sind die meisten Kontakte eingeschlafen, bedauert Karin Göbel. Sie hat Angst, dass sich ihr Sohn an eine Umgebung gewöhnt, in der es nur Behinderte gibt; und Tims ehemalige Freunde sich an eine Umgebung gewöhnen ganz ohne Behinderte. "Das Schulsystem sorgt dafür, dass beide Lebenswelten komplett voneinander getrennt werden", sagt Tims Mutter.

Dass es auch anders funktionieren kann, beweist die "Pinguin"-Klasse der Sophie-Scholl-Schule in Gießen. Mara streichelt ihrem im Rollstuhl sitzenden Mitschüler über den Kopf und fragt, ob sie ihm die Stifte holen solle. Ein paar Räume weiter liest ein Junge dem Down-Mädchen Charlotte aus einem "Heidi"-Buch vor. Dazwischen brüten Kinder an Gruppentischen über Arbeitsblättern, angeleitet von Lehrern oder Integrationshelfern.

Die Sophie-Scholl-Schule nimmt alle auf: Lernbehinderte, geistig Behinderte, sozial Auffällige. "Wir haben auch Hochbegabte", sagt Inviold Helmer, die kommissarische Leiterin der privaten Grund- und Gesamtschule. Bis zu fünf Kinder mit "sonderpädagogischem Förderbedarf" vertragen eine 22-köpfige Klasse. Die übrigen sind nichtbehinderte Schüler, deren Eltern von der individuellen Betreuung überzeugt sind und dafür monatlich 270 Euro Schulgeld zahlen.

Speziell aufs Lerntempo zugeschnittenes Arbeitsmaterial

Der personelle Aufwand - im Schnitt wird jede Klasse von 1,5 Lehrkräften unterrichtet - erscheint hoch, ist jedoch insgesamt nicht höher, so haben Bildungsexperten ausgerechnet, als würden die Kinder mit Förderbedarf an separaten Schulen unterrichtet werden. Die Lehrer an inklusiven Schulen müssen mehr im Team arbeiten und sich auf oft anstrengende Methoden einstellen. Aber es lohnt sich, sagt Helmer. Auch Leistungsstärkere profitieren, wenn sie speziell auf ihr Lerntempo zugeschnittenes Arbeitsmaterial bekämen.

Nach einer Studie der Bertelsmann Stiftung geben die Länder derzeit allein für das lehrende Personal an Förderschulen pro Jahr zusätzlich 2,6 Milliarden Euro aus. Würde man die Förderschullehrer dezentral an Regelschulen einsetzen, könnte dort jeder Schüler mit Förderbedarf zusätzlich zum normalen Unterricht noch 2,4 Stunden Förderunterricht bekommen. Für eine Klasse mit vier Förderschülern wären das fast zehn Wochenstunden für individuelle Betreuung. Gleichzeitig entfielen Kosten für den meist in Kleinbussen organisierten Überlandtransport.

Ob eine solche Rechnung aufgeht, wird derzeit im Landkreis Offenbach ausprobiert. Statt eine Förderschule in Mühlheim am Main zu sanieren, wollte der Landrat das Geld lieber für Personal ausgeben. Er schloss eine Vereinbarung mit dem Kultusministerium: Die Schule wird geschlossen, die zehn Lehrerstellen werden für den Förderunterricht auf vier umliegende Schulen verteilt. Zudem können diese Schulen zusätzlich Sozialpädagogen zur Unterstützung der Förderschüler einstellen - bezahlt vom Kreis, der das Geld für ein komplettes Schulgebäude spart.

Ein Modell für die ganze Republik, in der gerade mal 15,7 Prozent der Förderschüler in allgemeinen Schulen lernen? Vor allem Länder, die zuletzt viel Geld in den Ausbau von Förderschulen investiert haben, tun sich mit einem Richtungswechsel schwer. Gerade im Osten, der stark unter sinkenden Schülerzahlen leidet, würden zum Teil "absurd viele Schüler zu Förderschülern erklärt", sagt Ada Sasse, Pädagogikprofessorin an der Berliner Humboldt-Universität. In Mecklenburg-Vorpommern etwa haben die Behörden bei 10,9 Prozent der Schüler einen "Förderbedarf" attestiert, in Rheinland-Pfalz nur bei 4,4 Prozent. Sasse hat den Verdacht, "dass es in einigen Ländern auch darum gehen könnte, die teuren Förderschulen gut auszulasten".

Mindestens 80 Prozent der Förderschüler, meinen Bildungsforscher wie Hans Wocken, könnten und sollten an normalen Regelschulen unterrichtet werden. Doch ob sich das so leicht umsetzen lässt, wird selbst in den einer Reform aufgeschlossenen Kultusministerien bezweifelt. Fachreferenten wie der Niedersachse Peter Wachtel haben zwar "weitgehend Einigkeit erzielt" über "Kompetenzzentren" oder "Schulen ohne Schüler", von denen aus Sonderpädagogen flexibel an Regelschulen abgeordnet werden, um dort je nach Bedarf Förderschüler zu unterstützen. Jedoch führen umfassende Veränderungen im Schulsektor häufig zu Unruhe und Protesten. Und viele Politiker sind noch skeptisch, ob die Regelschulen wirklich in der Lage sind, Förderschüler ohne Qualitätsverlust aufzunehmen.

Andererseits wird der Druck noch zunehmen. Schon im nächsten Jahr soll ein Uno-Beauftragter in Genf Bericht erstatten, wie weit Deutschland mit der Umsetzung der Konvention gekommen sei. Eine Schelte werde sich die Republik kaum erlauben können, heißt es in den Kultusministerien. "Schon deshalb wird uns keine Wahl bleiben", meint Wachtel, "als an die Förderschulen ranzugehen."